



Änderungsantrag

der Abgeordneten des SSW

zu „Eine starke Industrie für Schleswig-Holstein, vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue Beschäftigung schaffen“ (Drs. 19/1997)

Der Landtag wolle beschließen:

Im zwölften Punkt der Aufzählung wird der zweite Satz „Das LNG Terminal in Brunsbüttel kann bei der Versorgung der Industriestandorte als Übergangstechnologie ein wichtiger Bestandteil sein.“ geändert in „Das LNG Terminal in Brunsbüttel kann bei der Versorgung der Industriestandorte als Übergangstechnologie ein wichtiger Bestandteil sein, sofern rechtssicher ausgeschlossen wird, dass dort angelandetes Gas mithilfe der Fracking-Technologie gewonnen wurde.“

Begründung:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich gegen die Nutzung der Fracking-Technologie in Schleswig-Holstein und Deutschland ausgesprochen. Für eine konsequente Haltung zum Thema Fracking ist es notwendig, dies auch für hier verarbeitetes Gas festzulegen. Eine Verarbeitung von geacktem Gas im LNG-Terminal in Brunsbüttel würde das Problem nur ins Ausland verlagern. Das kann nicht Ansatz einer nachhaltigen Politik sein.

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW